

6. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Problematik, dass der Kanton Bern hier Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft gefährdet, eine fragwürdige Geschäftspraxis unterstützt und noch als Steigbügelhalter für eine Marktdurchdringung funktioniert?

Antwort des Regierungsrates

1. Das Bundesgericht stellt die Open Source Software «Open Justitia» allen Interessierten gratis zur Verfügung. Als Integrator für den Kanton Bern konnte der Hersteller der Gerichtsapplikation «Tribuna», die Delta Logic AG, gewonnen werden. Die Kosten für die Integration von «Open Justitia» wurden mit 70 000 Franken offeriert.
2. Die Software «Open Justitia» wurde Ende April 2013 auf der Testumgebung erfolgreich installiert. Nach Abschluss der Testphase und eventuellen Optimierungen wird «Open Justitia» produktiv geschaltet. Es zeichnen sich keine Zusatzkosten ab.
3. Die unter Punkt 1 erwähnten Integrationskosten von 70 000 Franken sind die vollständigen einmaligen Kosten, die dem Kanton Bern entstehen. Die jährlich wiederkehrenden Wartungskosten für die Applikation «Tribuna» erhöhen sich durch die Integration von «Open Justitia» um 25 000 Franken.
4. Technisch begibt sich der Kanton Bern in keine Abhängigkeit zur übergeordneten Instanz. Das Bundesgericht hat bezüglich dieser Software keinerlei Aufgaben und Kompetenzen. Beim vorliegenden Programm handelt es sich um eine Open Source Software. Das bedeutet, dass jedermann die Software «Open Justitia» kostenlos beziehen kann. Die Software wird zukünftig von denjenigen Firmen weiterentwickelt, welche dieses kostenlose Programm anwenden und integrieren, also z.B. von der Delta Logic AG.
5. Ja, der Regierungsrat hat Kenntnis von diesem Geschäft.
6. Als Alternative zur Software «Open Justitia» wurde die Software «Weblaw» geprüft. Die Einführung der Software «Weblaw» hätte einmalige Kosten von 276 000 Franken sowie jährlich wiederkehrende Wartungskosten von 75 000 Franken verursacht. Der Kanton Bern hat sich daher aus Kostengründen für die Einführung der Software «Open Justitia» entschieden. Vor dem Hintergrund der aktuellen finanzpolitischen Situation wäre ein anderer Entscheid nicht zu verantworten gewesen.

Präsident. Der Interpellant ist von der Antwort der Regierung nicht befriedigt. Er gibt keine Erklärung ab.